Haushaltsrede 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben auch in diesem Jahr wieder einen solide aufgestellten Haushalt vor uns, der den in den letzten Jahren praktizierten vorsichtigen Optimismus weiterhin als Leitbild hat. Dem können wir im Grundsatz auch in diesem Jahr folgen. Unsere Ausführungen zum vorliegenden Haushalt stehen allerdings in diesem Jahr unter einem komplexen Thema – dem der Nachhaltigkeit.

Bei verschiedenen Diskussionen und Entscheidungen im vergangenen Jahr wurde dieser Begriff insbesondere von der Verwaltung immer wieder angeführt und aus unserer Sicht missbräuchlich verwendet. Das liegt allerdings am Zeitgeist. Der aus der Forstwirtschaft stammende Begriff der Nachhaltigkeit war lange Zeit ein von Umweltverbänden und den Grünen genutzter Hinweis auf das Wirtschaften unter Berücksichtigung der vorliegenden Ressourcen. Mittlerweile wird das Wort Nachhaltigkeit allerdings alltäglich für so gut wie jede Entscheidung oder aber auch Unterlassung ins Feld geführt, was zu einer enormen Abnutzung und eben auch zum Missbrauch geführt hat. Diese Überstrapazierung führt dazu, dass das eigentliche Konstrukt der Nachhaltigkeit im Bewusstsein verflacht. Wenn berechtigte Hinweise oder Forderungen zum nachhaltigen Wirtschaften vorgebracht werden, reagieren mittlerweile die meisten Entscheidungsträger mit einem herzlichen „ich kann es nicht mehr hören“. Dieser gefährlichen Entwicklung gilt es entgegen zu treten, da die Notwendigkeit zum nachhaltigen Wirtschaften immer drängender wird. Problematisch ist dieses Thema auch daher, da es keine adäquate Umschreibung des Begriffes Nachhaltigkeit gibt. Die Thematik wird mittlerweile sowohl in Wissenschaft als auch in der Politik viel diskutiert. Nach unserer Ansicht sollte das „Drei Säulen Modell“ als Grundlage für unsere Entscheidungen dienen. Dieses Modell geht davon aus, dass Wirtschaft, Ökologie und Soziales gleichrangig und gleichgewichtig nebeneinander stehen.

Um Entscheidungen auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen, wurden sogenannte Indikatoren entwickelt. Im „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2012“ des Statistischen Bundesamtes können die Indikatoren für Deutschland nachgelesen werden. Hierzu gehören private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Flächenverbrauch, Treibhausgasemissionen, Primärenergieverbrauch, Staatsverschuldung, strukturelles Defizit oder auch Studienanfängerquote und der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern.

Wenn wir uns also an diesen Indikatoren orientieren, stellen wir fest, dass wir z.B. im Bereich der Verschuldung als Kommune - wenn wir die Wirtschaftsbetreibe außen vor

lassen - in den letzten Jahren sehr nachhaltige Entscheidungen gefällt haben. Für uns ein wichtiger Ansatz, auf diesem richtigen Weg weiter zu gehen und ihn auf weitere Bereiche auszudehnen. Zum Beispiel bedeutet dies auch, dass wir im Bereich der Wirtschaftsbetriebe von der Verschuldung weg kommen müssen und nicht mit Begriffen wie „rentierliche Schulden“ diese Schulden der nächsten Generationen aufladen dürfen.

Der im Wirtschaftsbetrieb Abwasserbeseitigung bestehende Fehlbetrag zwischen Tilgung und Abschreibung führt seit Jahren zu Beanstandungen der GPA und auch von Seiten der Verwaltung ist der Handlungsbedarf im letzten Jahr bereits mehrfach angesprochen worden. Nach unserer Auffassung haben wir hier kein Verschuldungsproblem sondern ein Liquiditätsproblem. Wir sind der Meinung, dass die Konzessionsabgabe nicht im städtischen Haushalt verbleiben sollte, sondern als Eigenkapitalerhöhung in den Eigenbetrieb zurückfließen muss.

Als Gegenteil für eine nachhaltige Entscheidung sehen wir z.B. die für den Bauhof geplante Anschaffung des Elektrofahrzeuges. Diese Anschaffung ist für uns nur bei einer 100%igen Nutzung mit Ökostrom sinnhaft. Da im nächsten Jahr über den neuen Stromliefervertrag – wie von uns schon öfters angemahnt – hoffentlich mit dem Gemeinderat entschieden wird, regen wir eine Verschiebung um ein Jahr an. Dies geschieht natürlich in der Absicht, den Gemeinderat im nächsten Jahr überzeugt zu haben, dass wir mit Ökostrom tatsächlich nachhaltiger wirtschaften und nicht nur die Säule Finanzen sondern eben auch die ökologische sowie die soziale Komponente mit ins Gewicht fallen. Wir würden der Anschaffung des Elektrofahrzeuges natürlich zustimmen, wenn die Verwaltung aufzeigen kann, dass die Aufladung mit Ökostrom sichergestellt ist.

Für uns ist die Betrachtung unserer Energieversorgung und unseres Energieverbrauches ebenso zentral bei der Bewertung, ob wir in unserer Kommune nachhaltig agieren oder nicht. Er berührt die Frage der Ressourcen, auch unsere finanziellen. Leider hat die Verwaltung aufgrund personeller Defizite den mehrheitlich im Gemeinderat beschlossenen EEA-Prozess abgebrochen. Auch bei dem vom Kreis aufgelegten Klimaschutzprogramm machen wir nicht mit, da wir ursprünglich für den EEA angemeldet waren. Das hat jetzt die nicht unwichtige Folge, dass Renningen als aufstrebendes Unterzentrum im Kreis Böblingen im Bereich des Klimaschutzes Schlusslicht ist! Wir halten diesen Umstand für nicht hinnehmbar. Es steht unserer Kommune schlecht an, in einem wichtigen Wirtschaftszweig, der auch noch weltmarktführende Unternehmen innerhalb der Kommune ansässig hat, selbst keine Anstrengungen zu unternehmen. Diese Außenwirkung ist – neben dem ursprünglich wichtigen Handlungsgrund – für uns mehr als negativ. **Wir beantragen daher, den beschlossenen Weg des EEA spätestens ab der zweiten Jahreshälfte mit Entschlossenheit zu gehen und die wichtigen Weichenstellungen für einen Erfolg in Angriff zu nehmen.** Unter diesem Aspekt halten wir es auch nicht für vertretbar, dass die im letzten Jahr in der mittelfristigen Finanzpla-

nung für energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung ausgewiesenen 100.000,- € für die Jahre 2013 – 2015 im diesjährigen Haushalt in die Jahre 2014 – 2016 verschoben wurden. Unserer Ansicht nach, sollte diese Maßnahme nicht am Personalmangel scheitern. Diese Aufgabe war der wiederbesetzten Stelle im Tiefbauamt zugewiesen, dort muss sie auch weiter fortgeführt werden.

Wir beantragen, die erfolgreiche energetischen Sanierung unserer Straßenbeleuchtung mit 100.000,- € auch in diesem Jahr fortzusetzen.

Die durch den Regierungswechsel veränderte Förderpolitik des Landes hat für unseren Haushalt natürlich auch Folgen. So profitieren wir davon, dass durch den „Pakt für Familien mit Kindern“ die Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung nicht nur durch die Kommunen, sondern auch durch das Land geleistet wird. Der Anstieg der Beteiligung des Landes an diesen Kosten bis 2014 auf 68% verdeutlicht dabei die Umsetzung des politischen Willens zum Ausbau der Förderung von Familie und Bildung.

In diesem Kontext steht auch die Verschiebung der Förderpolitik für den Verkehr. Dort wurde von der Landesregierung ein großer Wechsel von der Förderung des Straßenbaus hin zur Förderung des Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs einschließlich des Radverkehrs vollzogen. Auch diesbezüglich kann sich Renningen als Gewinner sehen. Die fast abgeschlossenen Straßenbaumaßnahmen wurden noch mitgefördert und für die Ertüchtigung unseres Radwegenetzes – insbesondere im Bahnhofsbereich - können wir neue Förderquellen nutzen. Allerdings müssen wir konstatieren, dass der reichlich verspätete Beginn des S60-Verkehrs auf unserer Seite eigentlich genügend Spielraum für die Fertigstellung der Fahrradabstellmöglichkeiten am Südbahnhof geboten hat. Wir denken, dass dieses Manko für die Nutzer des Südbahnhofs relevant und für uns als Stadt eigentlich peinlich ist. Sollte die Fertigstellung der Fahrradabstellmöglichkeiten für die nächsten Wochen avisiert sein, wäre zumindest eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit von Seiten der Verwaltung möglich und auch notwendig gewesen. Wir bitten darum, die Fertigstellung schnellstmöglich umzusetzen und vor allen Dingen, die Bevölkerung diesbezüglich richtig zu informieren.

Zu folgenden Planungen haben wir weitere Bedenken bzw. Anregungen:

Für den Jugendtreff Malmsheim sind 55.000,- € für die Dachsanierung eingestellt. Die Notwendigkeit der Sanierung stellen wir hier nicht in Frage. Für uns steht jedoch das Gebäude an sich auf dem Prüfstand. Die bisherige Nutzung als Abstellmöglichkeit für den Bauhof und die 1x wöchentliche Nutzung als Jugendtreff muss uns eigentlich von Leerstand sprechen lassen. Wir sehen dringenden Bedarf, einer Sanierung ein schlüssiges Nutzungskonzept voranzustellen. Die Anzahl städtischer Gebäude, die in den kommenden Jahren sanierungsbedürftig sind, ist unserer Ansicht nach noch gar nicht genau benannt. Wir hatten – gemäß unserer bisherigen Entscheidungen nach Notwendigkeitsprinzip in den letzten Jahren - nur sporadischen Einblick. Die Aufschlüsse-

lung unserer Gebäude und der notwendigen Sanierungsmaßnahmen mit Dringlichkeitsstufen gehört unserer Ansicht nach in das Aufgabenprofil des EEA und macht diesen daher für unsere angestrebte nachhaltige Stadtentwicklung unabdingbar.

Die für den Umbau der Hauptstraße in diesem Jahr eingestellte Planungsrate von 50.000,- € und für 2015/16 geplante Investition von 800.000,- € ist aus unserer Sicht nicht vordringlich. Auch hier sehen wir den Bedarf, einer Sanierung ein grundsätzliches Nutzungs- bzw. Umnutzungskonzept voranzustellen. Besonders vor dem Hintergrund einer nötigen Erweiterung des Rathauses, der Belebung des Altstadtkernes und der Ansiedlung des evangelischen Gemeindehauses. Eine Verschiebung der Planung nach 2014 ist aus unserer Sicht mit einer Erhöhung der Planungsrate zu verbinden.

Im Gegenzug dazu ist der Bedarf der neuen Sporthalle mehrheitlich im Gemeinderat erkannt und tatsächlich dringlich, was sämtliche Untersuchungen bestätigen. Daher muss der Planungsrate in diesem Jahr ab dem kommenden Jahr bereits die Umsetzung folgen. Eigentlich wichtig sind aber in diesem Zusammenhang die im Verwaltungshaushalt zukünftig anfallenden Personal- und Unterhaltskosten, denen keine Einnahmen gegenüber stehen werden.

Wenn wir beim Thema Sport bleiben, stellt sich die Frage, ob eine Umsiedlung des TSV Malmsheim tatsächlich erst nach 2016 eingeplant ist, was durch die Investitionsplanung suggeriert wird. Da ein Grunderwerb im Gewann Hinterried erst ab 2016 im Plan auftaucht.

Wir lehnen die für dieses Jahr eingestellten 25.000,- € Wirtschaftsförderung zur Ansiedlung für Firmen ab. Die für die Ansiedlung von Bosch erfolgte Erhöhung dieses Betrages ist aus unserer Sicht nicht mehr notwendig.

Die seit zwei Jahren angekündigte Fortschreibung des Flächennutzungsplanes scheint in diesem Jahr endgültig in Angriff genommen zu werden, was wir erleichtert zur Kenntnis nehmen. Bereits im letzten Jahr hatten wir dargelegt, dass wir unseren Schwerpunkt in der Innenverdichtung sehen und hatten schon auf das Projekt „Flächen gewinnen im Landkreis Böblingen“ hingewiesen. Der für den Februar angekündigten Klausurtagung des Gemeinderats zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans sehen wir daher freudig entgegen und hoffen, dass wir in der dortigen Diskussion unsere Definition von Nachhaltigkeit im Sinne von Gleichklang zwischen Wirtschaft Ökologie und Soziales in den Vordergrund stellen können. Wir haben im Februar interessante Ansätze im Gepäck.

Bei der Ausarbeitung unserer diesjährigen Haushaltsrede haben wir festgestellt, dass die jährlichen Parameter wichtige Hilfestellungen für unsere Arbeit sind. Wir sind aber sicher, dass auch in den anderen Fraktionen die Arbeit und Bewertung der mittelfristigen Finanzplanung einen immer größeren Stellenwert einnimmt und gerade für eine

nachhaltige Kommunalpolitik an Wichtigkeit gewinnt. Wir hoffen daher, dass bei der hervorragenden Aufarbeitung des Haushaltsplanes durch Sie, Herr Müller mit ihrem Team, gerade auf diese mittelfristige Finanzplanung noch stärkeres Augenmerk gelegt wird. Das wird uns künftig die entsprechenden jährlichen Abwägungen der möglichen Aufgaben vor dem Hintergrund der notwendigen kommenden Aufgaben erleichtern und unserem Anspruch auf nachhaltige Entscheidungen gerecht werden.

Zusammengefasst abschließend nochmals unsere Anträge:

Wir beantragen:

1. **die Anschaffung des Elektrofahrzeugs für den Bauhof von der Nutzung mit Ökostrom abhängig zu machen.**
2. **den EEA spätestens ab der zweiten Jahreshälfte mit allem nötigen Druck durchzuführen.**
3. **die erfolgreiche energetischen Sanierung unserer Straßenbeleuchtung mit 100.000,- € auch in diesem Jahr fortzusetzen.**
4. **die Sanierung des Jugendtreffs Malmsheim zu verschieben und vorher ein tragfähiges Nutzungskonzept vorzustellen.**
5. **den Bau der Sporthalle innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung umzusetzen und**
6. **die Verschiebung der Planungsrate für den Umbau der Hauptstraße um ein Jahr, verbunden mit einer für ein umfassendes Altstadtkonzept dann notwendigen Erhöhung.**

Meine Damen und Herren, wir haben erneut ein spannendes Haushaltsjahr vor uns. Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit und hoffen auf Ihre Unterstützung.

Vielen Dank!

Martina Siedentopf • Jochen Breutner-Menschick • Erwin Eisenhardt • Jörg Stenner